

Neue Verfassung: Türkei konsultiert erstmals Christen

Erstmals hat die Türkei offiziell Vertreter ihrer nicht-muslimischen Minderheiten nach ihren Wünschen für die geplante neue Verfassung gefragt. Der griechisch-orthodoxe Patriarch Bartholomaios I. sowie Vertreter der syrisch-orthodoxen Kirche präsentierten hinter verschlossenen Türen, aber unter starker Beachtung der türkischen Medien im Februar ihre Vorschläge vor dem verfassungsgebenden Parlamentsausschuss in Ankara. Der Patriarch hatte dazu einen 18seitigen Text vorgelegt.

“Eine neue Türkei wird geboren”

Bartholomaios I. sprach Medienberichten zufolge von einem historischen Ereignis: "Eine neue Türkei wird geboren", zitierte ihn der türkische Nachrichtensender NTV. Der Patriarch wurde bei seinem Besuch unter anderem von Laki Vingas, dem Vertreter der Minderheiten im staatlichen Stiftungsrat, und von Dozent Dr. Emre Öktem von der Galatasaray-Universität begleitet. Dr. Öktem gehört zur Gruppe türkischer (muslimischer) Intellektueller, die in Studien, akademischen Veranstaltungen und Publikationen volle Minderheitenrechte im Interesse einer offenen türkischen Gesellschaft einfordern.

Auch der Pressesprecher des Ökumenischen Patriarchats, Protopresbyter Dositeos Anagnostopoulos, zeigte sich im "Kathpress"-Gespräch zuversichtlich. Er hoffe, dass es sich bei der Anhörung nicht nur um eine Alibiaktion gehandelt habe, sondern tatsächlich positive Entwicklungen folgen werden. Angesichts der Tatsache, dass es ein Gespräch in dieser Form in der Geschichte der Türkischen Republik noch nie gegeben habe, könne man wohl von einem "bahnbrechenden Ereignis" sprechen. Patriarch Bartholomaios hege tatsächlich große Hoffnung auf eine positive Zukunft, ließ Anagnostopoulos durchblicken.

Der Patriarch hatte der Presse gegenüber auch betont, dass er selbst dem Staat gegenüber immer seine Verpflichtungen erfüllt habe. So sei er auch als junger Kleriker türkischer Reserveoffizier geworden. Er habe allerdings nicht immer die vollen Rechte eines türkischen Staatsbürgers erhalten und sich zeitweise als Bürger zweiter Klasse emp-

funden. Auch die Zuständigkeit des Außenministeriums für die griechische Kirche empfinde er als problematisch. Denn - so Bartholomaios - "wir sind keine Ausländer."

Vieles ist allerdings auch mit alten unreflektierten Einstellungen verbunden. Laki Vingas erzählte Journalisten, dass er in seiner Eigenschaft als offizielles Mitglied des Stiftungsrates im Ministerpräsidentenamt vorgeschrieben habe. Trotz seines offiziellen türkischen Dienstaussweises habe ihn aber der Sekretär mit den Worten: "Ein Ausländer kommt zur Vorsprache" weitergemeldet.

Der Ausschuss zur Einigung auf eine neue Verfassung ist ein All-Parteien-Gremium des Parlaments. Es wurde im Oktober 2011 gegründet und soll Vorschläge zur neuen Verfassung aus allen Bereichen der Gesellschaft sammeln. Der Text soll bis Jahresende stehen und das derzeitige Grundgesetz der Türkei ablösen, das 1982 unter Militärrherrschaft in Kraft getreten war.

"Minderheitenrechte in die Verfassung"

Rund 99 Prozent der Türken sind Muslime. Die Türkei ist eine säkulare Republik, in der alle Bürger nach dem Gesetz gleich sind.

Im Alltag sind aber religiöse Minderheiten immer wieder benachteiligt und die Verbesserung dieser Lage gehört auch zu den Forderungen der EU an die Türkei. Anagnostopoulos: "Es braucht endlich eine Lösung. Die Minderheitenrechte müssen in die Verfassung." Vor allem auch, um partei- und tagespolitischen Motiven entzogen zu sein.

Dem Patriarchatssprecher zufolge forderte Bartholomaios I. im Ausschuss u.a. ein Recht für Christen auf Ausbildung ihres geistlichen Nachwuchses sowie eine Wiedereröffnung des seit 1971 geschlossenen orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Heybeliada bei Istanbul.

Weitere zentrale Forderungen: Die Einführung der Rechtspersönlichkeit von religiösen Minderheiten und die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Anagnostopoulos: "In den vergangenen Jahrzehnten haben die Kirchen durch Enteignungen

viel Eigentum verloren. Das ist bisher nur zum Teil rückerstattet worden."

Anerkennung der syrisch-orthodoxen Christen

Für syrisch-orthodoxen Christen forderte der Anwalt Rudi Sümer in einer Rede vor dem Ausschuss zudem eine förmliche Anerkennung der rund 10.000 syrisch-orthodoxen Christen als Minderheit. Bislang sind in der Türkei trotz der konfessionsunabhängigen Beschlüsse von Lausanne in vielen Verordnungen als nicht-muslimische Minderheiten nur Juden, Armenier und orthodoxe Griechen anerkannt.

Zu den Forderungen von Bartholomaios I. und Sümer gehörten laut türkischen Medienberichten

auch ein Ende von Diskriminierungen im gesellschaftlichen und beruflichen Leben. So sollen beispielsweise abwertende Textpassagen über Christen aus Schulbüchern gestrichen werden.

Gleichzeitig gaben allerdings Vertreter anderer syrischer Vereinigungen aus der Türkei und dem Ausland, etwa aus Deutschland, Stellungnahmen ab, in denen sie Patriarch Bartholomaios das Recht absprachen, für ihre Kirche in der Türkei Aussagen zu machen. Natürlich könne er auf allgemeine Probleme hinweisen. Sie streben aber nach langen Bemühungen um einen eigenen Termin nun eine weitere Vorsprache zu Fragen der syrischen Kirche in Ankara am 27. Februar an.

20.02.12 (KAP) mit eigenen Ergänzungen